

## In der Senatssitzung am 22. März 2022 beschlossene Fassung

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport

14.03.2022

L 10

### Vorlage für die Sitzung des Senats am 22.03.2022

**„Verwendung der Einnahmen aus der Ausgleichsabgabe in Bremen“**  
(Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

#### A. Problem

Die Fraktion der DIE LINKE hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

„Wir fragen den Senat:

1. Wie groß ist der Anteil der vom Amt für Versorgung und Integration Bremen (AVIB) verwalteten Einnahmen aus der Ausgleichsabgabe, mit denen exklusive Werkstätten für Menschen mit Behinderungen gefördert werden; und wie groß ist der Anteil, mit dem inklusive Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen gefördert werden?
2. Wie hoch ist die aktuell vom AVIB angelegte Rücklage?
3. Wie plant das AVIB die über Jahre gebildete Rücklage im Sinne der schwerbehinderten Menschen abzubauen?“

#### B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

##### Zu Frage 1:

Das AVIB beteiligt sich nicht an der Regelförderung von Werkstätten für Menschen mit Behinderungen. Es erbringt Leistungen zur Förderung der Übergänge von Werkstattbeschäftigten in den allgemeinen Arbeitsmarkt und beteiligt sich auch an den Kosten des Budgets für Arbeit. Hierfür wurden im Jahr 2021 insgesamt rund 219.000 Euro aufgewendet.

Für die Förderung von inklusiven Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderungen gibt es verschiedene Förderarten. Das Integrationsamt wendet Mittel der Ausgleichsabgabe für die Sicherung und den Erhalt von Arbeitsplätzen auf, für die Begleitenden Hilfen im Arbeitsleben und die Einrichtung sowie Ausstattung von Arbeitsplätzen. Hierzu zählen neben einzelnen Leistungen am Arbeitsplatz wie zum Beispiel die Arbeitsassistenz auch Leistungen an Inklusionsbetriebe.

Die Aufwendungen hierfür betragen 2021 mehr als 3,4 Millionen Euro und machen den weitaus größten Teil der Förderungen des Integrationsamtes in Bremen aus.

**Zu Frage 2:**

Der Stand der Rücklage der Ausgleichsabgabe betrug zum 31.12.2021 8,9 Millionen Euro.

**Zu Frage 3:**

Das AVIB hat Maßnahmen entwickelt, die zu einem Abbau der Rücklage zur Förderung der Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen führen sollen. Die Deputation für Soziales, Jugend und Integration ist über diese Maßnahmen in der Sitzung vom 3. Dezember 2020 informiert worden. So konnte 2021 die Rücklage um rund 700.000 Euro abgebaut werden. Die weitere Planung sieht zwei wesentliche Maßnahmen vor:

1. Im Jahr 2021 wurden mehrere umfangreiche Modellvorhaben in die Förderung aufgenommen, die auf die Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben abzielen oder die den Übergang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt fördern. Sie haben eine Laufzeit von mehreren Jahren und binden rund 2,5 Millionen Euro.
2. Für die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen in Inklusionsbetrieben ist ein Programm mit einem Fördervolumen von 2 Millionen Euro aufgelegt worden. Dieses Programm ist zum 1. Januar 2022 in Kraft getreten.

In den Planungen für das laufende Jahr 2022 ist eine Rücklagenentnahme von 1,7 Millionen Euro eingeplant. Sie soll die Finanzierung dieser Maßnahmen sicherstellen sowie die Leistungen der begleitenden Hilfen.

**C. Alternativen**

Werden nicht empfohlen.

**D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender-Prüfung**

Keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen durch die Beantwortung dieser Anfrage. Grundsätzlich ist es das Ziel, Männer und Frauen mit Behinderungen gleichermaßen zu fördern und die Integration in Arbeit zu unterstützen.

**E. Beteiligung / Abstimmung**

Nicht erforderlich.

**F. Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz**

Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

**G. Beschluss**

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport vom 14.03.2022 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der DIE LINKE in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.